



SPD und Bündnis 90/ Die Grünen im Rat der Landeshauptstadt Hannover

Arbeitsprogramm für die Ratsperiode 2011-2016

SPD und Bündnis 90 / Die Grünen im Rat der Landeshauptstadt Hannover

Arbeitsprogramm für die Ratsperiode 2011 – 2016

Inhaltsverzeichnis:

	Seite
I. Präambel	3
II. Finanzleitlinien	4
III. Personal und Organisation / Lebendige Demokratie	5
IV. Arbeit und Wirtschaft	8
V. Bildung und Schule	11
VI. Familie und Jugend	14
VII. Soziales	16
VIII. Inklusion	19
IX. Integration und Migration	20
X. Gleichstellung	22
XI. Stadtentwicklung, Bauen, Wohnen und Verkehr	24
XII. Sport und Event	29
XIII. Kunst / Kultur und Wissenschaft / Hochschulstandort	32
XIV. Umwelt und Energie / Klimaschutz	35
XV. Organisatorisches und Dezernatsangelegenheiten	41

I. Präambel

Die Koalitionsvereinbarungen für die Ratsperiode 2011-2016 der Fraktionen SPD und Bündnis 90/ Die Grünen haben auch für die Zukunft ein solidarisches, lebenswertes und ökologisches Hannover zum Ziel. Wir werden für ein starkes und dynamisches Hannover verantwortungsvoll arbeiten. Hierbei sehen wir in den nächsten fünf Jahren folgende Schwerpunkte:

- Hannover hat eine aktive Stadtgesellschaft. Auch zukünftig soll das Klima des Zusammenhalts in der Stadtgesellschaft gepflegt werden.
- Mit dem lokalen Integrationsplan wurde eine gute Basis für ein weltoffenes Hannover geschaffen. Dies soll in Zukunft fortgeführt werden. Hierfür werden die begonnenen Schritte fortgesetzt.
- Wir begreifen Inklusion als eine wichtige Querschnittsaufgabe, an der wir in den kommenden fünf Jahren weiterarbeiten.
- Teilhabe ist ein zentraler Punkt für eine aktive Stadt. Kinderbetreuung, Bildung und Schule sind hierfür eine wichtige Grundlage, die wir weiterentwickeln.
- Die Bildungsoffensive wird fortgesetzt. Dazu gehört auch der weitere Ausbau von Ganztagsgrundschulen und die Weiterführung der Schulsanierung.
- Durch eine umfassende Stadtentwicklung wird Hannover auch in Zukunft ein attraktiver Lebens- und Wohnraum sein.
- SPD und Grüne stehen für eine aktive und strategische Wirtschaftspolitik.
- Hannover ist Vorreiter in den Bereichen Umwelt- und Klimaschutz und soll dies auch künftig bleiben.
- Eine solide finanzielle Basis ist Ausgangspunkt unserer Politik.

II. Finanzleitlinien

Solide Finanzen und Fortsetzen der Haushaltskonsolidierung

Solide Finanzen sind eine unverzichtbare Voraussetzung für eine verantwortungsvolle und nachhaltige Kommunalpolitik. Die Haushaltskonsolidierung wird fortgesetzt. Wir streben auch in den nächsten Jahren ausgeglichene Haushalte an.

- Den Umfang (Volumina) der Haushaltskonsolidierung werden wir gemeinsam im Lichte der jeweiligen Finanzsituation und der gegebenen Erfordernisse festlegen.
- Bei der Zielsetzung solider Finanzen nehmen wir sowohl die Ausgaben- als auch die Einnahmeseite in den Blick, einschließlich der Einnahmepositionen aus Steuerquellen.
- Wir wollen die Sparvorschläge aus dem HSK VII ausschöpfen und Synergieeffekte regionaler Zusammenarbeit ausnutzen.
- Wir setzen unsere Bestrebungen fort, unsere städtische Infrastruktur durch Sicherung und Modernisierung weiterhin zukunftsfähig zu entwickeln.
- Wir wollen keine Privatisierung zu Lasten der Beschäftigten, deren Arbeitsbedingungen und Löhne.

Investitionen in eine moderne und ökologische Stadtgesellschaft

- Wir wollen gezielt in die Zukunft einer modernen, ökologischen und sozialen Stadtgesellschaft investieren.
Schwerpunkte sollen hierbei insbesondere die Schulsanierung, der Ausbau der Ganztagsgrundschulen, der weiterer Ausbau der Kinderbetreuung sowie der Straßen- und Wegebau sein.
- Die Umsetzung von Investitionsprojekten in Regie der Stadtverwaltung bzw. des Gebäudemanagements soll möglichst Vorrang genießen. In Ausnahmefällen bleiben Öffentlich-Private Partnerschaften möglich, wenn nachweislich wirtschaftliche oder finanztechnische Vorteile dafür sprechen sollten. Städtische Töchter sind hier für uns zentrale Partnerinnen. Der geltende Beschäftigungssicherungsvertrag wird beachtet.

Ja zu städtischen Unternehmen

- Wir wollen die städtische Tochterunternehmen und Eigenbetriebe erhalten und unter wirtschaftlichen, ökologischen und sozialen Kriterien weiterentwickeln sowie die kommunale Steuerungsfähigkeit erhalten.

Zuwendungen:

- Die städtischen Zuwendungen, z. B. an die vielen sozialen und kulturellen Einrichtungen, Sportvereine und Beratungseinrichtungen, sind ein unverzichtbarer Bestandteil der städtischen Infrastruktur. Das bestehende Volumen wird auch in Zukunft gesichert und im Rahmen der Beurteilung der weiteren Entwicklung der städtischen Finanzen und der kommunalaufsichtsrechtlichen Absicherung im Laufe des Zeitraums dieser Vereinbarung erhöht.
- Wir sind offen für finanzielle Beteiligungen der BürgerInnen oder Einrichtungen etwa über Sponsoring oder weitere Gründungen von Stadtteilstiftungen.

III. Personal und Organisation / Lebendige Demokratie

BürgerInnenbeteiligung und Hannover.de

Wir wollen die Möglichkeiten kommunaler Instrumente der BürgerInnenbeteiligung für die jeweiligen Fragestellungen ausschöpfen, z.B. durch telefonische und online-Befragungen.

Wir befürworten einen Ausbau der Online-Nutzungsmöglichkeiten und mehr Möglichkeiten zum Dialog mit den BürgerInnen im Internet. Wir sehen dies als sinnvolle und zeitgemäße Ergänzung zu den bisherigen Beteiligungsformen.

Wir streben an, dass die Internetpräsenz der Stadt (www.hannover.de) im Sinne des BürgerInnenservices und der demokratischen Teilhabe weiter entwickelt wird. Dazu gehören Themenportale auf Basis des Bürgerportalgesetzes wie z. B. eine Ausbildungs- und Jobbörse, ein Kindertagesstätten- und Jugendzentrums-Service sowie ein einfach gestaltetes System zur Auflistung der umfangreichen Bildungsangebote in Hannover.

Bürgerschaftliches Engagement

Wir wollen:

- das vielfältige bürgerschaftliche Engagement in der Stadt auch zukünftig finanziell unterstützen, z. B. das Freiwilligenzentrum. Wir unterstützen weiterhin Initiativen zur Gründung von Stadtteilstiftungen.
- die Aus- und Weiterbildung durch die Volkshochschule und andere Bildungsträger unterstützen.
- Nachwuchs für bürgerschaftliches Engagement bereits in der Schule gewinnen. Die Projektarbeit in den Ganztagschulen bietet hierfür guten Raum.
- dass das bürgerschaftliche Engagement in seiner ganzen Bandbreite eine angemessene Anerkennung erfährt (Kompetenznachweise, Ehrenamtskarten mit Vergünstigungen in Schwimmbädern, Theatern, Museen und Kultureinrichtungen, der Verleihung des Leinesterns für besonders vorbildliches Engagement durch das Freiwilligenzentrum und weitere Auszeichnungen).
- den Internationalen Tag der Freiwilligen am 5. Dezember eines Jahres aktiv für die Förderung des Engagements, die Verbesserung der Rahmenbedingungen und den Austausch der Engagierten untereinander nutzen.

Rassismus und Rechtsextremismus bekämpfen

Wir begreifen uns als eine Stadtgesellschaft gegen Rassismus. Deshalb engagieren wir uns in allen Initiativen, die für mehr Aufklärung und Zivilcourage eintreten, und unterstützen sie nach Kräften. Wir werden Rassismus und Rechtsextremismus effektiv Paroli bieten und setzen uns für einen parteiübergreifenden Konsens zu deren öffentlichen Ächtung ein, wie bereits praktiziert bei der Kampagne Bunt statt Braun.

In einem ersten Schritt wollen wir, dass die Stadtverwaltung ein Internetportal gegen Rechtsextremismus einrichtet und darüber hinaus eine Kontaktstelle / AnsprechpartnerIn bei der Stadtverwaltung zum Thema Rechtsextremismus. In einem weiteren Schritt erarbeiten Stadtverwaltung, Politik und Stadtgesellschaft einen Maßnahmenplan, um örtlichem Auftreten von Ereignissen dieser Art wirksam entgegenzutreten.

Gute Arbeit

Die Koalition bekennt sich zu

- dem getroffenen Abschluss des Beschäftigungssicherungsvertrages bei der LHH zum Schutz vor Privatisierung der städtischen Unternehmen, auch z.B. bei Pflegeheimen und Friedhofsverwaltung.
- einer tarif- und leistungsgerechten Bezahlung.
- Schutz vor missbräuchlicher Leiharbeit und Befristung.
- einer Personalpolitik, die Vereinbarkeit von Familie und Beruf ermöglicht – auch in Bezug auf die Pflege von Angehörigen.
- einem Ausschluss betriebsbedingter Kündigungen und einem Abschluss von Zukunftssicherungsverträgen z.B. bei Messe, üstra und Stadtwerke AG.
- leistungsorientierten Aufstiegsmöglichkeiten.
- motivierenden Ausbildungs- und Arbeitsplatzbedingungen.
- einer geschlechtergerechten Personalpolitik und neuen Konzepten für altersgerechte Arbeit.

Bei der Vergabe öffentlicher Aufträge setzen wir uns auch für die Einbeziehung besonderer Qualitätskriterien (z. B. Tariftreue, faire Arbeitsbedingungen, soziale, ökologische energetische und Gender-Aspekte) ein. Dazu sollen praktikable Prüfkriterien entwickelt werden. Das Leistungsangebot städtischer Beteiligungen wird bei der Auftragsvergabe in die Betrachtung einbezogen.

Wir bekennen uns zu einem starken Engagement der Stadtverwaltung im Bereich der Ausbildung deutlich über den eigenen Bedarf hinaus. Vor dem Hintergrund demographischer Entwicklungen ist Vorsorge zu treffen, um Fachkräftemangel zu vermeiden. Ausreichende Ausbildungsplätze sind hier ein wichtiges Instrument.

Für Dienstleistungen streben wir dort eine Rekommunalisierung an, wo dies wirtschaftlich ist. So ist für den Bereich der kommunalen Gebäudereinigung der Anteil der Eigenreinigung von derzeit rund 40 Prozent zu halten oder sogar zu erhöhen.

Moderne Verwaltung

Für BürgerInnennähe und attraktiven Service durch die Stadtverwaltung bleibt persönliche und qualifizierte Beratung wichtig, besonders für Menschen, die Online-Dienste nicht nutzen. Bürgerämter sind und bleiben wichtige, dezentrale Standorte für die BürgerInnen.

Wir wollen, dass die Möglichkeiten zur interkommunalen Kooperation mit der Region Hannover weiter geprüft und ggf. genutzt werden. Dies gilt u.a. bei erneuter Ausschreibung und Vergabe von Telekommunikationsdienstleistungen.

Der Prozess des Green IT in der Stadtverwaltung zugunsten von mehr Energieeffizienz und -einsparung in Rechenzentren, Serverräumen und Einzelarbeitsplätzen ist fortzusetzen.

E-Government

Die verfügbaren online-Stadtkarten sind um Qualitätsmerkmale zu ergänzen wie z.B. die Barrierefreiheit des Gebäudes, die Erreichbarkeit über den Öffentlichen Personennahverkehr und Kontaktpersonen.

Wir wollen das E-Government weiter ausbauen. Dazu gehören direkte elektronische Kommunikation zwischen BürgerInnen und Verwaltung. Dabei soll der Einsatz von elek-

tronischen Signaturen und zertifizierten Mailsystemen, z.B. E-Post, in ein zu erarbeitendes Konzept einfließen.

Einsatz von fair gehandelten Produkten

Das gegenwärtige Konzept für den Einsatz von fair gehandelten und ohne ausbeuterische Kinderarbeit hergestellten Produkten der Stadtverwaltung von 2010 ist weiter umzusetzen. Die Öffentlichkeitsarbeit in die Stadtgesellschaft hinein für Fair Trade und gegen Produkte aus ausbeuterischer Kinderarbeit (u.a. Agenda 21-Büro) soll fortgesetzt werden.

IV. Arbeit und Wirtschaft

Wirtschaftsförderung

Wir wollen die bevorstehende räumliche Konzentration der Wirtschaftsförderung der Stadt und Region sowie von hannoverimpuls im Gebäude des Technologie Centrum Hannover (TCH) nutzen, um die Zusammenarbeit dieser Akteure weiter zu verbessern. Hannoverimpuls soll besondere Akzente setzen in den Bereichen Kreativwirtschaft, Gesundheitswirtschaft und Umweltwirtschaft.

Die Förderung von Existenzgründungen (insbesondere für die Zielgruppen Frauen und MigrantInnen) ist hierbei ein wichtiger Baustein.

Wir treten ein für ein gemeinsames Standortmarketing von Stadt und Region sowie ggf. der Metropolregion unter dem Dach von hannoverimpuls mit Hilfe der HMTG.

Wir stehen für den Ausbau des Wirtschaftszweiges Umwelttechnologie. Das beinhaltet den Ausbau insbesondere von Produktionsstandorten und die Sicherung sowie Schaffung von Jobs durch Clean Tech und Elektromobilität und setzen uns für entsprechende Modellversuche ein.

Wir wollen den industriellen Kern in Hannover sichern und weiterentwickeln.

Auch in Zukunft soll die Stadt Hannover eine offensive Flächenvorratspolitik betreiben.

Wir wollen eine nachhaltig attraktive Innenstadt samt ihrer angebundenen Quartiere. Diese ist für den Einzelhandelsstandort Hannover von großer Bedeutung. Gleichsam wichtig ist uns eine Sicherung funktionierender Stadtteilzentren und wohnortnaher Versorgung bzw. lokaler Ökonomie.

Wir wollen regionale Partnerschaften und Wirtschaftskreisläufe fördern, bei denen Produkte und Leistungen in der Region vermarktet werden. Wir sind offen für entsprechende Finanzierungsinitiativen.

Wir bekennen uns zu einer frühzeitigen Einbindung der Interessen und Bedenken der BürgerInnen bei Neuansiedlungen (z. B. durch Bürgerforen und Nachbarschaftsdialoge).

Fachkräfte

Um den drohenden Fachkräftemangel zu vermeiden, starten wir eine Qualifizierungsoffensive – möglichst zusammen mit der Region, dem Jobcenter und der Agentur für Arbeit. Wir wollen ausreichend Fachkräfte in Hannover ausbilden und für Hannover gewinnen. Zusammen mit den Hochschulen und Trägern der Weiterbildung gilt es, dieses auf die aktuellen und künftigen Bedarfe der Wachstumsbranchen in unserer Stadt auszurichten.

Wir wollen:

- eine enge Kooperation zwischen Hochschulen und Unternehmen und dadurch Studienabsolventen in Hannover halten.
- das Programm »study and stay« fortsetzen und zusammen mit der Wirtschaft ein »Hannover-Stipendium« prüfen.
- zusammen mit ansässigen Unternehmen, IHK und Handwerkskammer ein ausreichendes Ausbildungsplatzangebot in den Betrieben sichern.

- weiterhin aktiver Partner beim »Übergangsmanagement« sein, um dadurch den Einstieg in die Ausbildung zu unterstützen und um Jugendarbeitslosigkeit zu vermeiden.
- die kommunalen Kapazitäten in Stadtverwaltung, Eigenbetrieben und Töchtern hinsichtlich Arbeits- und Ausbildungsplätzen für die Zukunft sichern und weiterhin in der Stadtverwaltung über Bedarf ausbilden.
- in der Stadtverwaltung und den städtischen Unternehmen Projekte zu alternsgerechter Arbeit und zur besseren Vereinbarkeit von Pflege und Beruf starten.

Kooperation Wissenschaft

Wir wollen durch aktive Wirtschaftspolitik, Existenzgründungsförderung und –beratung, Bereitstellung von Risikokapital und dem Ausbau des Wissenschaftsparks in Marienwerder junge Unternehmen mit Universitätshintergrund fördern. Wir wollen die Analysekompetenz und die Problemlösungskompetenz der Hochschulen nutzen, den Dialog vertiefen und die Partnerschaft zwischen Stadt und Hochschulen weiterentwickeln.

Deutsche Messe AG

Wir halten an der hälftigen Beteiligung der Stadt Hannover an der Deutsche Messe AG fest. Das beschlossene Zukunftskonzept Hermes+ ist konsequent umzusetzen, um neben der Sicherung des Bestandsgeschäftes neue Wachstumsbereiche zu schaffen und möglichst hohe Wertschöpfung am Messestandort Hannover zu sichern. Die Messe AG soll sich insbesondere zur herausragenden Messe-Plattform für die Themen Klima, Umwelt, Mobilität und Nachhaltigkeit fortentwickeln.

HCC

Das HCC soll mit Blick auf das 100 jährige Jubiläum im Jahr 2014 auf Grundlage des bestehenden mehrjährigen Investitionsplans modernisiert werden.

Umwelt und Wirtschaft

Wir bekennen uns zum Ausbau der Umweltwirtschaft am Standort Hannover. Dazu sollen die lokalen und regionalen Kompetenzen des Klima- und Umweltschutzes sowie der Energiewirtschaft eingebunden werden. Der internationale Marktauftritt soll gestärkt werden.

Wir wollen eine Fortsetzung des Programms Ökoprofit sowie eine weitere Beteiligung an eco.bizz für Betriebe.

Logistik und städtische Häfen

Wir wollen die Häfen in Hannover als umweltfreundliche Logistik-Dienstleister stärken. Dazu gehören insbesondere ein Ausbau der kombinierten Verkehre im Zusammenspiel zwischen den hannoverschen Häfen, der Hafenbahn und dem Schienenverkehr.

Wir unterstützen Maßnahmen zur Verlagerung des Güterverkehrs im Bereich der City-Logistik von der Straße auf die Schiene und den Wasserweg.

Innovative City-Logistik-Konzepte sollen weiterverfolgt werden.

Kleine und Mittelständische Unternehmen (KMU)

Wir wollen kleine und mittelständische Unternehmen (KMU) sowie das örtliche Handwerk fördern. Auch in Zukunft sollen durch eine bewusst regional orientierte Auftragsvergabe rund drei Viertel des städtischen Auftragsvolumens im Wettbewerb in Stadt und Region verbleiben. Bei den Bekanntmachungen öffentlicher Aufträge mit größeren Auftragswerten soll ausdrücklich auf die Möglichkeit von BieterInnengemeinschaften hingewiesen werden.

Metropolregion

Die Gründung der Metropolregion bietet eine Vielzahl von Chancen: Wir unterstützen die Fortentwicklung der Metropolregion Hannover-Braunschweig-Göttingen-Wolfsburg zwecks regionaler Vernetzung in ökonomischen, wissenschaftlichen, verkehrlichen, kulturellen und ökologischen Bereichen. Mit dieser gebündelten Energie sollen auch Vorteile in nationalen und internationalen Standortwettbewerben gehoben werden. Die Anwerbung von Fördergeldern für ressourcen- und energieeffizienzgesteuerten Projekten muss ein zentraler Baustein sein. Die Metropolregion muss durch konkrete Projekte erlebbar werden.

V. Bildung und Schule

Das Wirken der Landeshauptstadt Hannover als Schulträgerin setzt entsprechende positive Begleitung seitens der Gesetzgebung des Landes voraus.

Dazu stellen wir fest, dass folgende von der zurzeit regierenden schwarz-gelben Landesregierung gesetzten Rahmenbedingungen eine positive Entwicklung der Bildung in Niedersachsen - und damit in Hannover - verhindern:

- die nur mit vielen Hürden erlaubte Errichtung von Integrierten Gesamtschulen.
- die fehlende Anerkennung der Integrierten Gesamtschule als Regelschule.
- die Einführung des Abiturs nach 12 Jahren (G8).
- die Umsetzung von Ganztagschulen nur noch als Offene Ganztagschule und nicht als Gebundene Ganztagschule.
- die Abschaffung der Lernmittelfreiheit.
- das Fehlen gesetzlicher Grundlagen zur Umsetzung von Inklusion.

Wir sind uns bewusst, dass die genannten bildungsfeindlichen Rahmenbedingungen allein durch die Aktivitäten der Stadt Hannover nicht kompensiert werden können. Wir streben jedoch an, die schlimmsten Auswirkungen der Landesgesetzgebung so weit wie möglich abzumildern.

Ganztagsgrundschule

Der Ausbau der Grundschulen, die das wollen, zu Ganztagsgrundschulen „*Marke Hannover*“ wird fortgesetzt

- in Kooperation zwischen Schulträgern und Jugendhilfeträgern.
- in angemessener Betreuungsqualität für die Schülerinnen und Schüler.
- unter Ausbau der Hausaufgabenhilfe in Schulen, aber auch in Kinder- und Jugendtreffs.

Beim Ausbau weiterer Ganztagschulen werden betreuungsrelevante und sozialpolitische Aspekte (Sozialplanung / Bildungsmonitoring) berücksichtigt und entsprechend der Standorte vorrangig umgesetzt.

Schulsanierung

Das laufende Sanierungsprogramm für Schulen wird auch in den Jahren bis 2016 fortgeführt. Im Zuge der Sanierungen sollen folgende Aspekte zusätzlich berücksichtigt werden:

- Inklusive Beschulung,
- Lärmschutz: Die Erfahrungen aus der Modellschule Brüder-Grimm-Schule werden auf neue Sanierungen übertragen,
- Bau von Schulmensen und Freizeitbereichen (Ganztagsbetrieb) und
- Technische Ausstattung und Ermöglichung von *Green IT*-Maßnahmen.

Die Beteiligung von Schülerinnen und Schülern, Lehrerinnen und Lehrern an Sanierungsplanungen (Gestaltung von Klassenräumen, etc.) soll ermöglicht werden. Dazu soll die Verwaltung ein Konzept vorlegen.

Schulentwicklungsplanung

Die laufende Schulentwicklungsplanung wird fortgesetzt und bezieht den gestiegenen Anteil an jungen Menschen in Hannover ebenso ein, wie die Grundlagen des Eckpunktepapiers für Inklusive Beschulung, das gemeinsam mit der Region und Betroffenen erarbeitet wurde. Die Aufgabe von Außenstellen, die 2007 beschlossen wurde, wird aufgrund der gestiegenen Schülerzahlen und entsprechenden Entwicklungstendenzen einer Prüfung unterzogen. Grundlage der Schulentwicklungsplanung ist das Standardraumprogramm, das an die Anforderungen für Inklusive Beschulung angepasst wird.

Wir werden das Konzept der Kommunalisierten Grundschule, das in Celle erprobt wurde, auswerten und eine Übertragung auf Hannover prüfen.

Integrierte Gesamtschulen und Oberstufenzentren

Dem Elternwillen zur Gründung von neuen Integrierten Gesamtschulen werden wir Rechnung tragen. Da nicht jede Integrierte Gesamtschule einen eigenen Sekundarbereich II bekommen kann, gründen wir nach Bedarf Oberstufenzentren.

Medien und Medienentwicklungsplanung

Die Medienentwicklungsplanung wird vorangebracht. Dazu gehört auch die zeitgemäße technische Ausstattung der Schulen nach dem jeweiligen Stand der Technik im Zuge von Schulsanierungen.

In ein zu entwickelndes Finanzierungskonzept zur Anschaffung von Medien werden das örtliche Handwerk und die Wirtschaft einbezogen.

Kooperation zwischen Schulen und örtlicher Wirtschaft

Die lokalen Netzwerke zwischen Schulen und örtlicher Wirtschaft werden fortgeführt und ausgebaut, so dass alle weiterführenden Schulen konkrete Kooperationsbeziehungen zu örtlichen Unternehmen entwickeln, um den Praxisbezug der Schule zu verbessern und den jungen Menschen direkte Einblicke in das Berufsleben zu ermöglichen.

Das Übergangsmanagement, das von der Stadt zusammen mit den relevanten Arbeitsmarktpartnern entwickelt wurde, wird fortgesetzt, um insbesondere die Ausbildungschancen von benachteiligten Jugendlichen zu verbessern.

Die Angebote und Rahmenbedingungen im Bereich Übergangsmanagement werden neu koordiniert und vereinfacht.

Bildungsmonitoring

Das Bildungsmonitoring wird fortgeführt. Zusätzlich werden die Aspekte der Inklusion und der Bildungsqualität in Schulen aufgenommen, um es als Instrument der Bildungsplanung weiter zu entwickeln.

Mittagessen

Die Umsetzung der ganztägigen Beschulung beinhaltet ein gemeinsames Mittagessen. Das Mittagessen muss erschwinglich und gesund zugleich sein.
Für die Besitzer des *Hannover Aktiv Passes* wird das Mittagessen vergünstigt angeboten.

Durch ein zu entwickelndes Konzept werden:

- die Preisgestaltung des Mittagessens sozialverträglich weiterentwickelt, z.B. durch Einbeziehung von weiteren Öffentlichen Geldgebern oder Sponsoren.
- die Preise zwischen den Schulen möglichst einheitlich gestaltet.
- zunehmend regionale (Bio-)Produkte genutzt.
- die Berücksichtigung religiöser und weltanschaulicher Erfordernisse verbessert.
- geprüft, ob die Stadt in Zusammenarbeit mit Kooperationspartnern (Ausbildungsbetriebe, Behindertenwerkstätten) als Anbieterin mit einbezogen werden kann.

VI. Jugend und Familie

Kinderbetreuung

Wir werden die Qualität von Krippen und Kindertagesstätten (Kita) weiter verbessern, z.B. durch eine dritte Betreuungs-Fachkraft oder eine Verwaltungsfachkraft. In einem ersten Schritt geht es dabei um die personelle Verstärkung der Einrichtungen in benachteiligten Stadtteilen.

Wir werden den Ausbau von U3-Betreuungsplätzen (für Kinder unter drei Jahren) politisch begleiten und bei Bedarf weitere Plätze schaffen.

Das Konzept der Familienzentren im Stadtteil ist Hannover sehr erfolgreich und bundesweit für gute Bildungs- und Betreuungsarbeit anerkannt. In den kommenden fünf Jahren werden mindestens weitere zehn Familienzentren eingerichtet.

Die Vergabe von Kinderbetreuungsplätzen muss im Interesse der Eltern zwingend vereinfacht und verbessert werden. Dabei geht es uns nicht um eine zentrale Vergabestelle von Betreuungsplätzen. Wir wollen die zeitlichen und inhaltlichen Rahmenbedingungen und Vorgaben für die Anmeldung in Einrichtungen vereinfachen und vereinheitlichen und die Anmeldung zentral durchführen, ohne die Autonomie der Platzvergabe zwischen Eltern und Einrichtung zu übergehen. Damit schaffen wir für Eltern und Einrichtungen deutliche Erleichterungen und erhalten als Kommune einen realen und zeitnahen Überblick über die aktuellen Bedarfe.

Weiterhin werden wir:

- sämtliche Kita-Gruppen mit sogenannter Halbtags-Betreuung bedarfsgerecht in $\frac{3}{4}$ bzw. Ganztagsgruppen umwandeln.
- bei Bedarf das Modell verlängerte Öffnungszeiten weiter ausbauen.
- Anreize schaffen und weiterhin Überzeugungsarbeit für Betriebe leisten, Kooperationen und Netzwerke im Wirtschaftsbereich zu fördern, um für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf Sorge zu tragen.
- die Einrichtung von betrieblichen Betreuungseinrichtungen unterstützen.
- die wohnortnahe Ferienbetreuung unter der Beachtung von Qualität, Verlässlichkeit und Finanzierbarkeit weiter entwickeln, auch vor dem Hintergrund zusätzlichen Ferienbetreuungsbedarfe an Ganztagsgrundschulen.

Starke Eltern

Um Eltern in ihrer Erziehungsarbeit zu bestärken, Kinder in ihrer Entwicklung gut zu begleiten, die Eingangsvoraussetzungen für Familien möglichst gut zu gestalten und sie zu fördern, stärken und unterstützen wir die Eltern.

Mit diesem Ansatz haben wir in den letzten Jahren eine Reihe von Projekten und Konzepten entwickelt, die mittlerweile zum Standard hannoverscher Familienpolitik gehören. Diesen gilt es, weiter zu verstetigen und auszubauen – auch in unser aller Interesse im Sinne einer familienfreundlichen Stadt.

Im Einzelnen:

- Die Ansätze der aufsuchenden Elternarbeit (z.B. Begrüßungsbesuche) und Elternbildungskonferenzen sollen fortgeführt und weiterentwickelt werden.
- Wir initiieren Konferenzen für Familien in allen Stadtteilen, weil Familien ihre Interessen und Bedürfnisse kennen, wir Eltern wichtig nehmen, besser beteiligen

wollen und wir die Kompetenzen der Eltern nutzen können. Ihre Vorstellungen müssen in der Stadtplanung berücksichtigt werden.

- Stärkung und Unterstützung von Eltern in ihrer Selbstorganisation.
- Das Konzept der Familienhebammen wird weitergeführt und ausgeweitet.
- Die erfolgreichen Programme „Rucksack“ und „Stadtteilmütter“ werden gestärkt und ausgeweitet.
- Wir werden Eltern von Kleinkindern mit zusätzlichen Angeboten bei der Erziehung unterstützen und dafür die Angebote für Eltern mit Kleinkindern in den Familienzentren ausbauen.
- Eltern mit Migrationshintergrund sollen noch besser erreicht werden. Hier sollen neue Konzepte in den nächsten Jahren entwickelt werden, bei dem die Mehrsprachigkeit der Angebote/Materialien nur ein Anfang sein werden.

Schutz von Kindern und Jugendlichen

- Die Angebote zum Schutz und zur Beratung und Intervention für von Gewalt betroffene Kinder sowie die Entwicklung von Präventionsangeboten bleiben erhalten und werden weiter entwickelt.
- Die Medienkompetenzen von Kindern und Jugendlichen sollen gestärkt werden. Es sollen Maßnahmen ergriffen werden, um den kompetenten Umgang mit den Medien zu vermitteln, die Gefahren und Risiken im Netz deutlich zu machen und Medien-sucht vorzubeugen.

Beteiligung und Selbstbestimmung von Kindern und Jugendlichen

Die hannoverschen Instrumente der Kinder- und Jugendbeteiligung sind elementar für unsere weitere Beteiligungspolitik.

- Die Angebote der offenen Kinder- und Jugendarbeit in den Stadtteilen werden mit der Neuorientierung dieser Arbeit bedarfsgerecht aufgestellt und weiter entwickelt.
- In diesem Zusammenhang werden vorhandene Jugendzentren einer Prüfung unterzogen, in wieweit sie durch ein besonderes inhaltliches Profil (Musik, neue Medien etc.) für Jugendliche interessanter und attraktiver werden können. Die Erfahrungen aus dem JugendSportZentrum werden hier einbezogen.
- Wir unterstützen Jugendliche in ihren Aktivitäten, die Stadt und der öffentliche Raum gehören auch ihnen.
- Es gibt eine Vielzahl von Jugendkulturen und jugendlichen Aktivitäten von Sport über Musik und Tanz bis hin zum Umgang mit neuen Medien, die selbstorganisiert stattfinden und eigene Räume organisieren. Diese Jugendkulturen gilt es zu unterstützen, wo es erforderlich ist und damit die Eigeninitiative und gesellschaftliche Teilhabe der jungen Menschen zu fördern und unsere Stadt bunter zu machen.
- Insbesondere Jugendliche sind Zielgruppe von rechter Propaganda und im Fokus gezielter Ansprache. Vor diesem Hintergrund halten wir es für zwingend geboten, sowohl die kommunale Offene Kinder- und Jugendarbeit als auch die Arbeit der freien Träger auf diese Herausforderung hin zu bestärken und zu unterstützen.
- Die Förderung der geschlechtsspezifischen Arbeit ist weiterhin ein wichtiges Thema z.B. die Förderung der Mädchenarbeit, der Jungenarbeit und der geschlechts-reflexiven Koedukation. Dabei müssen MigrantInnen und Kinder / Jugendliche mit Beeinträchtigung besonders berücksichtigt werden.

VII. Soziales

Hannover Aktiv Pass

Der Kreis der Berechtigten für den Erhalt des Hannover Aktiv Pass (H.A.P.) soll auf Geringverdiener, wie z.B. Wohngeldempfänger ausgeweitet werden.

Im Einzelnen ist zu prüfen:

- Ausweitung des Bezugskreises des Hannover-Aktiv-Pass auf Personen und Familien mit geringem Einkommen. Die Prüfung dieses Auftrags sollte mit einem angemessenen Verwaltungsaufwand verbunden sein.
- Ausweitung der Leistungen des Hannover-Aktiv-Pass, z.B. Kinder mit Aktiv-Pass sollen für einen Euro am Tag ein Mittagessen in hannoverschen Bildungseinrichtungen erhalten.
- Erweiterung der Pass-Angebote um private Dienstleistungen aus Einzelhandel, Handwerk, Wirtschaft und Gesundheit, wie z.B. einen Friseurbesuch, eine Massage oder eine therapeutische Behandlung.

Darüber hinaus gilt auch in Zukunft: Freitags ist der Eintritt für alle Bürgerinnen und Bürger in den städtischen Museen frei.

Neuausrichtung der kommunalen Beschäftigungsförderung

Neuausrichtung der kommunalen Beschäftigungsförderung richtet den Fokus auf junge Menschen und deren Förderung bei Ausbildung und Berufseinstieg sowie die stabilisierende Beschäftigung (u.a. durch das Instrument „Bürgerarbeit“) von Älteren über 45 Jahre ohne direkte Jobperspektive auf dem ersten Arbeitsmarkt. Die Neuausrichtung soll in enger Abstimmung mit dem Jobcenter und den anderen Trägern der aktiven Arbeitsmarktpolitik geschehen.

Eine besondere Zielgruppe sollen auch MigrantInnen sein, da diese weit überdurchschnittlich von Arbeitslosigkeit betroffen sind. Mit Fördermaßnahmen im Rahmen der Erwachsenenbildung soll zu verbesserten Arbeitsmarktchancen von MigrantInnen beigetragen werden. Die Qualifikationen und Fähigkeiten von Menschen mit Migrationshintergrund, sollen u.a. durch gezielte Beschäftigungsprogramme besser genutzt werden. Die Anerkennung von im Ausland erworbener Bildungsabschlüsse muss entscheidend erleichtert werden. Hierzu müssen auf Bundesebene die formalen Voraussetzungen deutlich verbessert werden.

SeniorInnen

Die offene SeniorInnenarbeit, die dezentralen SeniorInnenberatungsstellen, die SeniorInnen-treffs in den Stadtteilen und der ehrenamtliche HandwerkerInnenservice, durchgeführt von der Informations- und Koordinationsstelle für ehrenamtliche Mitarbeit (IKEM) der Landeshauptstadt Hannover bleiben erhalten. Nachbarschaftstreffs sollen aktive Nachbarschaften fördern. Angebote für aktive ältere Menschen in unterschiedlichsten Lebensbereichen (Bildungs-, Kultur-, Freizeit- und Sportbereich) sollen initiiert und weiterentwickelt werden. Gleichzeitig soll die Unterstützung für die Selbsthilfeangebote für SeniorInnen ausgebaut werden.

Wir wollen:

- die Unterstützung pflegender Angehöriger zur besseren Vereinbarung von Pflege und Beruf erhöhen.
- den Einsatz von AlltagsbegleiterInnen für betreuungs- und hilfebedürftige SeniorInnen ohne Pflegestufe verstärken – auf ehrenamtlicher Basis oder im Rahmen von Bürgerarbeit.
- den Ausbau von ambulanten und stationären Einrichtungen der Tagespflege vornehmen.
- die städtischen SeniorInnenheime weiter modernisieren, einschließlich Einrichtung weiterer stationärer Wohngemeinschaften.
- die kultursensible kommunale SeniorInnenarbeit; sowie die Entwicklung spezieller Pflege und Betreuungsangebote für ältere MigrantInnen bedarfsgerecht ausbauen.

Darüber hinaus appellieren wir an die Niedersächsische Landesregierung, die im Bundesvergleich viel zu niedrigen Pflegesätze für stationäre Pflegeheime landesweit auf ein angemessenes Niveau zu erhöhen.

Wohnen im Alter

Wir befürworten die Entwicklung neuer Betreuungsformen für Ältere und legen einen besonderen Fokus auf gemeinschaftliche Wohnformen für Alt und Jung. Wir werden zusätzlich unter besonderer Berücksichtigung von Angeboten zur Pflege von älteren Menschen mit lebenslangen Behinderungen unterschiedliche Wohnformen und Pflegeangebote im direkten Wohnumfeld fördern. Darüber hinaus soll die stationäre Pflege in den städtischen Pflegeheimen weiterentwickelt werden.

Pflege, kultursensible Pflege und Betreuungsformen

Die kultursensible kommunale SeniorInnenarbeit soll bedarfsgerecht ausgebaut werden, auch unter Entwicklung spezieller Pflege und Betreuungsangebote für ältere MigrantInnen.

Für die Pflege von Frauen und Männern mit anderen sexuellen Orientierungen sollen zielgruppengerechte Angebote entwickelt werden.

Gute Nachbarschaft

Gute Nachbarschaft und bürgerschaftliches Engagement werden auch in Zukunft durch die zahlreichen Kulturtreffs, Nachbarschaftstreffs und SeniorInnentreffs gefördert. Mit Unterstützung der Stadt- und Sozialplanung sollen diese Einrichtungen bedarfsgerecht weiterentwickelt und die Kooperation mit anderen sozialen Trägern und Einrichtungen, z.B. auch den Gemeinden gepflegt werden.

Zukünftig soll der Gedanke der Nachbarschaft mit Hilfe des »Fest der Nachbarschaften« anlässlich des »European Neighbours Day« einmal im Jahr mit einer besonderen Aktion in alle Stadtteile getragen werden.

Bekämpfung der Obdachlosigkeit

Die Angebote der Obdachlosenhilfe, wie bspw. der Wärmebus bleiben bestehen.

Drogenhilfe

Das differenzierte und effektive Angebot im Rahmen der Drogenhilfe soll in Zusammenarbeit mit der Region erhalten bleiben.

VIII. Inklusion

Wir befürworten ein umfassendes kommunales Handlungsprogramm, das dem Thema Inklusion als Querschnittsaufgabe gerecht wird. Die Inklusion soll ein gesellschaftlich anerkanntes Prinzip des Zusammenlebens werden.

Deshalb wollen wir:

- einen öffentlichen, gesellschaftlichen Diskurs zur Frage des Verständnisses von Inklusion. Grundlage der Diskussion ist unsere Überzeugung, dass die individuelle Förderung eines jeden Einzelnen in Kindertagesstätten (Kita), Schule und Beruf notwendige Basis für Chancengerechtigkeit ist.
- eine stufenweise Umsetzung der erforderlichen Maßnahmen, inklusive wohnortnaher Angebote für Eltern von Kindern mit Behinderungen, damit sie Familie und Beruf miteinander vereinbaren können. In der Kommune Landeshauptstadt Hannover heißt das für uns, die Zahl der integrativen Kitaplätze bedarfsgerecht zu erhöhen und inklusiv auszurichten.
- eine Prüfung durch die Stadtverwaltung, wie sie mehr Menschen mit Behinderungen in der Verwaltung beschäftigen oder auch Behinderteneinrichtungen beauftragen kann. Einsatzfelder werden z.B. auch bei der weiteren Schaffung von Schulmensen gesehen.
- unabhängige Beratungs- und Selbsthilfeeinrichtungen fördern.
- die Auslobung eines Preises für Inklusion, den engagierte Unternehmen erhalten, die sich für Menschen mit Behinderungen einsetzen.
- Führungen und andere kulturelle Veranstaltungen in Museen auch für Menschen mit Seh- oder Hörstörungen oder geistiger Behinderung zugänglich machen, hierzu sind auch die MitarbeiterInnen z.B. in den Museen entsprechend zu schulen.

Die Inklusion in Schulen ist voranzutreiben, sobald die entsprechenden gesetzlichen Grundlagen seitens des Landes vorliegen, ohne dass der Betreuungsschlüssel zwischen heutigen Förderschulkindern und zukünftigen Regelschulkindern abgesenkt oder auf andere Weise verschlechtert wird.

Das bedeutet im Einzelnen:

- die kommunale Entwicklung eines Stufenplans, der je Stadtbezirk mindestens eine Schule je vorhandener Schulform (für Grundschulen in angemessener Erreichbarkeit) enthält, die eine Barrierefreiheit für Mobilitätseingeschränkte bietet.
- Der Ausbau von Schulstandorten zu Inklusiven Schulen erfolgt nach Berücksichtigung der inhaltlichen Arbeit von Schulen und der bereits bestehenden Netzwerke. Auf diese Weise werden schon vorhandene Ressourcen genutzt und bestehende Strukturen sinnvoll weiterentwickelt.
- Es werden Familien entlastende Betreuungs-, Freizeit- und Ferienangebote für schwerstbehinderte und betreuungsintensive Kinder und Jugendliche geschaffen.
- Zur Auswahl und Beschaffung von Hilfsmitteln und Unterrichtsmaterialien, die für eine inklusive Beschulung notwendig sind, wird eine gemeinsame Kontaktstelle mit der Region Hannover eingerichtet.

IX. Integration/ Migration

Kinder und Jugendliche

Wir wollen eine frühkindliche Bildung in Krippen und Kindertagesstätten (Kita), die die vielfältigen Talente, Interessen und Fähigkeiten aller Kinder fördernd aufgreift und in der Sprachförderung sowie ein positiver Umgang mit Mehrsprachigkeit fest verankert ist. Wir unterstützen die interkulturelle Kooperation der Kindertagesstätten und Schulen mit den Einrichtungen und MigrantInnen selbstorganisationen auf Stadtteilebene.

Als gemeinsame bildungspolitische Aufgaben sehen wir in der Stadt Hannover insbesondere:

- die Förderung interkultureller Kompetenz im Schulwesen.
- die Weiterführung der Rucksack-Projekte.
- den Einsatz von Integrations- und BildungslotsInnen.
- die stärkere Einbindung von Eltern mit Migrationshintergrund in den Schulalltag und die schulischen Gremien.
- die gezielte Unterstützung von MigrantInnen und den Abbau von Diskriminierungen im Bildungswesen.

Wir fordern die konsequente Durchsetzung der Schulpflicht. Die Teilnahme aller Kinder an Schwimm-, Sport- und Biologieunterricht sowie an Klassenfahrten muss für alle Kinder selbstverständlich sein können.

Darüber hinaus setzen wir uns dafür ein, dass auch Jugendlichen mit dem Status von Geduldeten nach Ende der Schulpflicht der Zugang zu einer betrieblichen Ausbildung ermöglicht wird.

Partizipation

Wir fordern das kommunale Wahlrecht für alle AusländerInnen, die länger als acht Jahre in Deutschland leben.

Wir fördern die gleichberechtigte Teilhabe von Menschen mit Migrationshintergrund am Stadtgeschehen und die aktive Mitwirkung an kommunalpolitischen Entscheidungsprozessen.

Insbesondere werden wir:

- die Arbeit der Integrationsbeiräte in den Stadtbezirken weiter unterstützen.
- die Arbeit des „Gesellschaftsfonds Zusammenleben“ weiterführen.
- die Voraussetzungen für eine Internetplattform »Kulturelle Vielfalt« für PartnerInnen, Projekte, Veranstaltungen schaffen.

Flüchtlinge schützen

Der Rat der Landeshauptstadt unterstützt die bundesweite »Save Me«-Kampagne.

Zusätzlich ist für die Unterbringung von Flüchtlingen in Hannover ein tragfähiges Konzept zu erarbeiten.

Öffnung der Verwaltung

Wir befürworten die Interkulturelle Öffnung der Stadtverwaltung. Die interkulturelle Kompetenz der Beschäftigten in allen Fachbereichen und auf allen Verwaltungsebenen soll weiter gestärkt werden. Gleichzeitig ist der Anteil an Beschäftigten mit Migrationshintergrund zu erhöhen.

X. Gleichstellung

Selbstverpflichtung

Frauen und Männer sollen jeweils mindestens 40 Prozent der Aufsichtsratsmandate in den städtischen Unternehmen besetzen. Um dieses Ziel für die Gesamtbesetzung der Aufsichtsräte zu erreichen, werden Gespräche mit den anderen Fraktionen im Rat, der ArbeitnehmerInnenseite und den weiteren Anteilseignern geführt.

Frauenförderung

Die Arbeit des hannoverschen Referats für Frauen und Gleichstellung fortsetzen und mit dem Ziel einer stärkeren Öffnung in die Stadt weiter aktiv begleiten.

- Wir werden uns dafür einsetzen, dass in der Stadtverwaltung der Anteil von Frauen in Führungspositionen, sowohl auf der mittleren als auch der höheren Ebene steigt. Teilzeit-Ausbildungsplätzen, Frauen-Quoten und Maßnahmen zur Verbesserung der Betreuung von Kindern, Jugendlichen oder zu pflegenden Angehörigen kommt hierbei eine wichtige Rolle zu.
- Für die Führungspositionen in den städtischen Unternehmen streben wir eine 40 Prozent-Quote von Frauen und Männern bis zum Jahr 2016 an und werden entsprechende Personalentwicklungskonzepte von den städtischen Unternehmen einfordern.
- Bei der Neu-Besetzung von Geschäftsführungen und Vorständen bei gleichen Qualifikationsvoraussetzungen sollen vorrangig Frauen berücksichtigt werden, bis ein paritätisches Verhältnis erreicht ist.
- Wir treten ein für die finanzielle Sicherung der Mädchen- und Frauenprojekte, Frauenhäuser, Beratungsstellen und der Frauenkultur sowie für die interkulturelle Frauenarbeit.

Geschlechtergerechtigkeit

Wir begleiten die Erstellung und Umsetzung eines fachübergreifenden Aktionsplans im Rahmen der Europäischen Charta für die Gleichstellung von Frauen und Männern auf lokaler Ebene.

Der Prozess des Gender Mainstreaming ist in allen Bereichen der Landeshauptstadt Hannover konsequent fortzusetzen. Alle bereits bestehenden und auch neue Maßnahmen und Programme sind auf Gender-Aspekte hin weiter zu überprüfen.

Wir wollen Gender Budgeting, also eine geschlechterbewusste Verteilung städtischer Finanzressourcen, im Rahmen des Neuen Kommunalen Rechnungswesens an Hand von bis zu zwei wesentlichen Produkten erproben.

Gegen Gewalt gegen Frauen

Wir wollen Gewalt gegen Frauen und Mädchen – ob in der Familie oder im öffentlichen Raum – mit allen Mitteln bekämpfen. Gleiches gilt für Gewalt gegen Frauen und Mädchen mit Behinderungen, sexualisierte Gewalt oder Gewalt durch Zwangsheirat.

Gleichstellung von Lesben, Schwulen und Transgender weiter fördern.

- Wir befürworten eine ständige Ausstellung zur Geschichte der Lesben, Schwulen und Transgender in Hannover.
- Wir treten ein für ein lesbisch-schwules Zentrum für Initiativen und Gruppen (hierbei geht es um eine Beratungsstelle und einen Schutzraum).
- Wir fordern die Umsetzung der von der Stadt Hannover unterzeichneten Charta der Vielfalt. Damit verbunden ist eine Führungskultur, welche die Heterogenität der Beschäftigten achtet und zum Vorteil aller Beteiligten nutzt. Diskriminierung wird verhindert und Chancengleichheit verbessert.
- Wir stehen für eine besondere Unterstützung von Lesben und Schwulen mit Migrationshintergrund. Außerdem muss in den betreffenden Communitys für mehr Akzeptanz geworben werden. Lesben und Schwule mit Migrationshintergrund sind als MigrantInnen und wegen ihrer sexuellen Identität oftmals doppelt diskriminiert.

XI. Stadtentwicklung / Bauen, Wohnen und Verkehr

Stadtentwicklung / Bauen

Integriertes Stadtentwicklungsprogramm – Masterplan Nachhaltiges Hannover

Es soll ein gesamtstädtisches Leitbild auf der Grundlage der vorliegenden thematischen Pläne zum Verkehr, Einzelhandel, Wohnen, Innenstadt und Gewerbe unter intensiver Einbeziehung der Öffentlichkeit erarbeitet werden.

Deshalb wird über die Fachbereiche und Dezernate der Stadtverwaltung hinweg ein integriertes Stadtentwicklungsprogramm Hannover 2025 initiiert. Es soll ein umfassender ressortübergreifender, alle Fachplanungen einbeziehender „Stadtentwicklungsplan auf Nachhaltigkeitsbasis“ in Kooperation zwischen den Fachbereichen Umwelt und Stadtentwicklung innerhalb von zwei Jahren erarbeitet und durch die Stadtplanung umgesetzt werden.

Mit einem Projekt „Hannover Quartiere 2025 – Mein Kiez“ sollen in Anlehnung an den erfolgreichen Zukunftsdialog zur Innenstadt stufenweise in den nächsten zehn Jahren in allen 13 Stadtbezirken unter Beteiligung der Bevölkerung, von Fachleuten aus den verschiedensten Disziplinen, Stadtteil-Politik und Verwaltung Zukunftsvorstellungen, Strategien und Leitbilder für die Entwicklung der Stadtteile und Quartiere diskutiert und erarbeitet werden. Mein Kiez 2025 bezieht dabei die vorhandenen erfolgreichen Stadtteil-Programme ebenso ein wie die Arbeit der Stadtbezirksmanagerinnen und –manager, deren Aufgabefelder hierdurch auch zielgerichteter definiert werden.

Bis 2016 werden weitere 10 bis 15 Stadtplätze modernisiert und neu gestaltet, darunter der Roderbruchmarkt, die Mitte in Wettbergen, der Platz an der Sutelstraße sowie der Bereich zwischen Leine und Limmerstraße rund um den Pfarrlandplatz, Mühlenberger Markt (Neubau IGS Mühlenberg, Hannover 2025) u.v.m.

Nach dem Motto »für jeden im Stadtteil gesammelten Euro gibt die Stadt einen Euro hinzu« sollen bis 2016 vier weitere Initiativen zur Gründung von Stadtteilstiftungen mit jeweils 25.000 Euro unterstützt werden, damit sich jeweils ein Kapitalstock von 50.000 Euro pro Stiftung ergibt.

Die Gründung und Unterstützung weiterer lokaler Standortgemeinschaften zur Aufwertung der Stadtteilzentren wird weiter unterstützt. Zur Stärkung der lokalen Ökonomie sollen die in den letzten Jahren sehr erfolgreiche Gewerbeberatung und -sozialplanung in den Soziale-Stadt-Quartieren fortgesetzt werden und darüber hinaus in Stadtteilen eingesetzt werden, die sich besonders stark im sozialen und wirtschaftlichen Umbruch befinden.

Wohnen, Arbeiten und die Versorgung mit Dienstleistungen sollen im Sinne einer Stadt der kurzen Wege in Einklang gebracht werden.

Für Neubau-InteressentInnen sollen Flächen mit nahegelegenen bzw. bereits vorhandenen Infrastrukturen wie Kindertagesstätten, Schulen, Nahversorgung und ÖPNV-Anbindung genutzt werden.

Hannover City 2020+

Die Pläne aus dem internationalen städtebaulichen Wettbewerb Hannover City 2020+ sollen in den Bereichen Klagesmarkt/Steintor, Marstall, Köbelinger Markt, Friedrichswall/Trammplatz, Hohes Ufer/VHS umgesetzt werden.

- Beim Klagesmarkt, Köbelinger Markt und Hohes Ufer soll das Thema Wohnungsbau intensiv bearbeitet werden. Weitere Schwerpunkte sind neue Aufenthaltsqualitäten, Beseitigung von Trennlinien, Erleben am Wasser entlang der Leine zwischen Friederikenplatz und Goethestraße.
- Durch die Verringerung um jeweils eine Fahrspur pro Richtung auf dem Friedrichswall und am Leibnizufer (bis Goethestraße) sollen bei gleich hoher verkehrlicher Leistungsfähigkeit die Übergänge zwischen Altstadt und Neuem Rathaus bzw. Calenberger Neustadt erleichtert und städtebaulich aufgewertet werden.

Soziale Stadt

Die Soziale Stadtsanierung (Städtebauförderung, Soziale Stadt, Stadtumbau West, Quartiersprogramme usw.) soll im gleichen Umfang fortgeführt werden. Die Stabilisierung der Nachbarschaften, die Modernisierung der Wohngebäude und die Verbesserung des Wohnumfeldes sind auch notwendige Instrumente für eine erfolgreiche Integrationspolitik. SPD und Grüne setzen sich für eine Rücknahme der Mittelkürzungen bei der Städtebauförderung des Bundes ein, damit Linden-Süd und Mühlenberg eine Chance zur Aufnahme in eines der Programme erhalten und bestehende Sanierungsprojekte nicht gekürzt werden müssen.

- Das Quartiersmanagement in Nicht-Fördergebieten wird fortgesetzt.
- Die Quartiersfonds haben sich bewährt und werden fortgeführt.

Wohnen

Gemeinsam mit der Wohnungswirtschaft und Mieterbund sollen im Wohnkonzept 2020 alle Fragestellungen rund um das Wohnen, die Bedarfe für verschiedenste Bevölkerungsgruppen wie z. B. Familien und SeniorInnen, die Wohnungsanlagen, energetische Standards, Wohnungsgrößen- und Zuschnitte, Neubaugebiete, Erschließung von Baulücken, Sanierungen, Modernisierungen im Wohnungsbestand, Barrierefreiheit u.v.m. untersucht und ermittelt werden, um mit diesen Plandaten die Entwicklung des Wohnens zur Miete und im Eigentum optimal mit der Wohnungswirtschaft steuern zu können.

Darüber hinaus vereinbaren SPD und Grüne:

- Neubau von (Sozial-)Wohnungen zur Versorgung von MieterInnen im unteren Mietpreissegment.
- Entwicklung von Eigentumsmodellen für den „Normalverdiener“ (analog Smart Houses... IBA Wilhelmsburg).
- Entwicklung von Programmen zur Schaffung barrierefreier, energetisch aufgewerteter und modernisierter Wohnungen im Bestand als bezahlbarer Wohnraum für bestimmte Bevölkerungsgruppen, u.a. zur Verhinderung von Altersarmut, Verlängerung der Aufenthaltsdauer im Alter.
- Zur Vermeidung von sozialen Schieflagen und von Obdachlosigkeit bleiben die bestehenden städtischen Belegrechte und Aufwendungszuschüsse erhalten.
- Der bewährte Kinder-Bauland-Bonus bleibt bestehen.
- Trotz der zur Zeit geringeren Nachfrage gilt es, auch Mehrgeschossgebäude zu ermöglichen und Flächen für den späteren Bedarf vorzuhalten. In jedem Fall ist eine Mischnutzung anzustreben.
- Entwicklung, Unterstützung und Förderung von Alten-Wohngemeinschaften, Mehrgenerationenhäuser, Projekte des gemeinschaftlichen Wohnens, ob als Wohnungseigentumsgemeinschaften oder als genossenschaftliche Baugemein-

schaften, Wohnprojekte für Menschen mit Behinderung oder gemeinschaftlicher Wohnformen für Jung und Alt.

- SPD und Grüne setzen sich für bezahlbaren Wohnraum für Studierende ein.
- Eine zentrale Aufgabe der kommenden Jahre wird es sein, gerade die kurzen Wege in den Stadtteilen zu sichern.

GBH

Die GBH ist das wohnungsmarktpolitische Instrument der LHH. Deshalb wird eine Privatisierung der GBH abgelehnt. Neben dem Geschäftsfeld Wohnen ist die Übernahme von Stadtentwicklungsaufgaben und Kooperation mit weiteren städtischen Immobilienunternehmen denkbar.

Wiedernutzung von Brachen

Damit die künftige Bereitstellung von Bauland konsequent auf Flächenrecycling ausgerichtet wird, soll ein städtischer Masterplan Flächenrecycling erarbeitet werden.

Darüber hinaus sollen:

- durch Nachverdichtung im Bestand neue Bauflächen gewonnen werden.
- der Hauptgüterbahnhof und die anliegenden Gewerbeflächen nach Vorlage entsprechender Konzeptionen einer Nutzung zugeführt werden.

Klimafreundlicher Städtebau

Die bestehenden energetischen und ökologischen Baustandards sollen bei der Sanierung des Gebäudebestands Anwendung finden.

Barrierefreiheit

SPD und Grüne wollen eine städtische Kampagne zur Barrierefreiheit in öffentlichen Gebäuden und in Wohngebäuden initiieren, die auch Hotels, Restaurants, den Einzelhandel und andere Gebäude sowie den öffentlichen Raum beinhalten soll.

Architektenwettbewerbe

Zukünftig soll bei jedem architektonischen oder städtebaulichen Wettbewerb die Hälfte der gesetzten teilnehmenden Büros aus der Region Hannover stammen. Bei Wettbewerben soll zukünftig gleichrangig die bauliche und energetische Konzeption sowie der Finanzrahmen berücksichtigt werden. Ebenso sollen bei jedem Wettbewerb Nachwuchsbüros Berücksichtigung finden.

Verkehr - Mobilität für alle

Leitbild ist der Masterplan Mobilität.

Verkehrsflächen

- Analog zur Innenstadt soll der Ansatz des Umbaus von Verkehrsflächen bedarfsgerecht auch auf die verschiedenen Stadtbezirke übertragen werden.
- Die Haushaltsmittel für die Erhaltung der städtischen Straßen, Radwege- und Gehwegeinfrastruktur werden sowohl im Bereich der Grunderneuerung als auch im Deckenprogramm aufgestockt.
- SPD und Grüne verabreden die Entwicklung eines Konzeptes zur stadtverträglichen Integration des hannoverschen Schnellwegesystems.
- Es ist zu prüfen, welche Maßnahmen zur Lärminderung und Luftreinhaltung wirklich effektiv sind. Die Luftreinhalte- und Lärmaktionspläne werden umgesetzt.
- Wohngebiete sollen auch unter dem Aspekt des Lärmschutzes weiterhin von Durchgangsverkehr frei gehalten werden. Die Stadt wird sich weiterhin dafür einsetzen, dass die Lärmbelastung an den Bahngüterstrecken vermindert wird. Dies erfordert zusätzliche Lärmschutzwände, Lärmschutzmaßnahmen an den Häusern und vor allem eine Lärminderung des rollenden Materials. Die Wirkung neuer katalytischer Straßenbelege zur Verbesserung der Luftqualität soll geprüft werden. Die Wirkung neuer katalytischer Straßenbelege zur Verbesserung der Luftqualität prüfen.
- Die Ausweitung der Zahl der CarSharing-Stellplätze soll weiter vorangetrieben werden. Dabei sollen auch neue, flexiblere Carsharing-Modelle mit festen Stationen geprüft werden.
- Bei Sanierungen und Grunderneuerungen wird besonderer Wert auf Bordsteinabsenkungen gelegt, um die Barrierefreiheit zu gewährleisten.

ÖPNV

Dem ÖPNV wird in der Verkehrsplanung gegenüber dem Individualverkehr Vorrang eingeräumt. Zum Vorrang wird das System weiter optimiert. Weitere Punkte sind:

- Die ÖPNV-Vorrangschaltung wird beibehalten.
- Das hannoversche Stadtbahnnetz wird stadtverträglich weiterentwickelt.
- Nach den Stadtbahnlinien 3 und 7 werden die Linien 4, 5, 6 und 8 in den kommenden Jahren nahezu komplett mit Hochbahnsteigen versehen.
- Zur weiteren Verbesserung des ÖPNV gehört auch der Ausbau des Stadtbahnsystems mit den Streckenverlängerungen nach Misburg-Mitte, Hemmingen und Garbsen sowie S-Bahn-Umstieg Waldhausen und Braunschweiger Platz.
- Der Einsatz moderner Fahrzeuge (Hybridbusse) und die Verbesserung der Beschleunigung durch die Anpassung der Lichtsignalanlagen und den Bau von Haltestellenkaps gehören zu einem modernen ÖPNV.
- Durch mehr Barrierefreiheit im ÖPNV sollen auch die Mobilitätsbedürfnisse von SeniorInnen, Kindern und Eltern mit Kinderwagen stärker berücksichtigt werden.
- Weiterentwicklung des ÖPNV-Verkehrsverbunds zu einem umfassenden Mobilitätsverbund, der „Mobilität aus einer Hand“ anbietet (wie Hannover Mobil).

Radverkehr

Das Leitbild Radverkehr wird schrittweise umgesetzt. Der Anteil des Fahrradverkehrs soll bis 2025 auf 25 Prozent steigen. Weitere Bausteine sind:

- Das gesamtstädtische Radroutennetz soll durch die Schließung von Lücken im Netz und die Einrichtung von weiteren Fahrradstraßen sowie von besonderen Radschnellwegen weiter ausgebaut werden.
- Durch den Ausbau eigener Stadtteilnetze soll das Radfahren in den Stadtteilen attraktiver machen.
- Mit einem eigenen Innenstadtprogramm soll die Erreichbarkeit der City für den Radverkehr verbessert, die Durchquerung der Innenstadt erleichtert und die Umfahrung der Innenstadt optimiert werden.
- Es sollen deutlich mehr Fahrradstellplätze in der Innenstadt und im Wohnumfeld – insbesondere mit Witterungsschutz – geschaffen werden.
- Das Bike+Ride-Angebot in Hannover – gut ausgebaute Umstiegsmöglichkeiten vom Fahrrad auf den Öffentlichen Personennahverkehr mit entsprechenden Abstellmöglichkeiten für Fahrräder an den Haltestellen – wird weiter vorangetrieben.
- Die Internetpräsenz mit Routenplaner für den Radverkehr in Hannover wird verbessert. Die Mobilitätsberatung muss ausgeweitet werden.
- Für die Verbesserung der Abstellsituationen für Fahrräder (z. B. Fahrradstationen und Fahrradgaragen) sollen gezielte Marketingmaßnahmen ergriffen werden.
- Ausgelöst durch die Zunahme des Radverkehrs, höhere Geschwindigkeit (z.B. E-Bikes) und unterschiedliche Nutzung wird die bestehende Benutzungspflicht für Radwege im Einzelfall überprüft.

Fußverkehr

Zur Unterstützung des Fußverkehrs sollen bessere Verbindung zwischen den Stadtteilen und der City, u.a. durch fußgängerfreundliche Ampelschaltungen eingerichtet werden. Die Fußgängerzonen in der Innenstadt und in den Stadtteilen sollen ausgeweitet werden.

Verkehrssicherheit

Das Ziel bleibt die „Vision Zero“.

- Mehr Geschwindigkeitsanzeigen und Geschwindigkeitskontrollen sollen für mehr Sicherheit auf Hannovers Straßen sorgen.
- SPD und Grüne wollen spezielle Sicherheitsmaßnahmen auf Schulwegen und ein besonderes Verkehrssicherheitstraining für radfahrende Kinder. Generell soll Tempo 30 vor Schulen eingerichtet werden.
- SPD und Grüne fordern eine stärkere Berücksichtigung der Belange von FußgängerInnen bei allen Neu- und Umgestaltungen von Straßen und Plätzen, insbesondere im Hinblick auf die Sicherheit von Kindern.
- Durch den Rückbau von freien Rechtsabbiegerspuren und die Einrichtung von ausgeweiteten Aufstellflächen für den Radverkehr an Kreuzungen soll die Verkehrssicherheit verbessert werden.
- Es sollen mehr verkehrsberuhigte Bereiche (Spielstraßen) eingerichtet werden.
- Straßenquerungen müssen durch bauliche Maßnahmen und Parkkontrollen verbessert werden.

XII. Sport und Event

Sportentwicklungsplan

Der Sportentwicklungsplan wird zusammen mit Stadtsportbund, Sportvereinen und dem nicht vereinsgebundenen Sport entwickelt und umgesetzt. Sport- und Bewegungsforen in allen Stadtbezirken sollen dabei helfen. Im Rahmen des Sportentwicklungsplans soll auch ein Sportflächenkataster erstellt werden. Teil des Sportentwicklungsplanes ist die Entwicklung bzw. Überarbeitung eines Bäder- und Wasserflächenkonzeptes unter Berücksichtigung des Erhalts aller Wassersportflächen. Die Bäder sollen insgesamt noch optimaler ausgenutzt werden. Von besonderer Bedeutung sind dabei Freiräume für die Durchführung von Schwimmunterricht.

Die Sporthallensanierung und der Hallenneubau soll konsequent weiter geführt werden. Das Programm »Energetische Sportstättenanierung für Vereinssportanlagen« wird fortgesetzt, weitere Sportvereine sind in das Programm aufzunehmen.

Weiter werden wir:

- überdachte Flächen für den Sport schaffen.
- weitere Sportflächen ausweiten.
- gemeinsam mit dem Stadtsportbund die Information über das Sportangebot in der Stadt verbessern z.B. mit der Einrichtung eines Sportportals unter »hannover.de«.

Die Verwaltung wird aufgefordert Konzepte zu entwickeln

- zu Mitternachtsschwimmen in Freibädern in der Sommerzeit.
- zur Optimierung der Sporthallenvergabe (Schlüsselgewalt).

Sportförderung

Generell muss eine Überarbeitung der Sportförderrichtlinien erfolgen. Darüber hinaus sollen die Richtlinien für e.co Sport und e.co fit auf Grundlage der im Herbst 2011 vorgelegten Untersuchungs- und Beratungsergebnisse (DS 1359/2011) überarbeitet werden.

Sportvereine

Wir wollen:

- auch in Zukunft die Sportvereine in vielfältiger Weise unterstützen. Dazu gehören die kostengünstige Bereitstellung von städtischen Sporthallen, Schwimmbädern und Sportflächen und die Unterstützung bei der Sanierung von Vereinsgebäuden.
- zusätzlich solche Vereine unterstützen, die ihre Zukunft in einem tragfähigen Zusammenschluss mit anderen Vereinen sehen.
- Sport interkulturell attraktiv machen: Wir unterstützen darum mit fundierter, langfristiger Beratung und finanziellen Mitteln Projekte, die maßgeschneiderte Sportangebote für Menschen mit Zuwanderungsgeschichte anbieten.
- die Sportvereine bei der Gewinnung und Qualifizierung von ÜbungsleiterInnen bzw. TrainerInnen für die Nachwuchsarbeit unterstützen.
- in Kooperation mit dem Stadtsportbund die Sportvereine bei der Qualifizierung von Führungskräften unterstützen.

- die Chancengleichheit von Mädchen und Frauen im Sport verwirklichen. Frauen sind zwar im Sport aktiver als die Männer, aber in den Vorständen der Sportvereine und Verbände gibt es nur wenige Frauen. Die Qualifizierung von mehr Übungsleiterinnen – gerade auch in eher von Männern gewählten Sportarten – ist eine Maßnahme, die wir in diesem Zusammenhang unterstützen.
- den Mädchen- und Frauenfußball weiter fördern.
- Vernetzung von Sportvereinen mit Kindertagesstätten und Schulen fördern.

Sportvereine sind aktive Partner der Ganztagsgrundschulen. Deshalb müssen sie durch eine enge Kommunikation und Vernetzung zwischen den Schulen und den Sportvereinen sowie durch den Einsatz von SchulkoordinatorInnen unterstützt werden.

Frühkindliche Bildung

Sport soll sich als Teil der frühkindlichen Bildung etablieren. Deshalb werden wir in Kindertagesstätten und Familienzentren MultiplikatorInnen bzw. ÜbungsleiterInnen qualifizieren und auch für besondere Angebote für junge Eltern sorgen. Sport und psychomotorische Bewegung sollen für alle Kinder in den Krippen und Kindertagesstätten selbstverständlich und fester Bestandteil der dortigen Bildungsarbeit sein. Darüber hinaus soll in Hannover jedes Kind, das die Grundschule verlässt, schwimmen können.

Nicht im Verein organisierter Sport

Wir wollen neue Bewegungsräume schaffen. Eine zukunftsfähige Sportpolitik muss bei der Stadtplanung wie auch beim Bau von Bewegungs- und Sportstätten der gesellschaftlichen Vielfalt gerecht werden.

Auch für nicht im Verein organisierten Sport muss es attraktive Sportmöglichkeiten geben, insbesondere durch die Einrichtung von Laufstrecken, die Erhaltung von Bolzplätzen und durch besucherfreundliche Öffnungszeiten in den Schwimmbädern.

Wir setzen uns ein:

- für den Erhalt bisher vor allem durch unorganisierte SportlerInnen und Privatinitiativen genutzte Sportflächen, z.B. kommt eine Bebauung des Sportplatzes am Robert-Koch-Platz (ehemalige Sportfläche der TiHo) im Stadtteil Bult nicht in Frage.
- die Prüfung der Öffnung weiterer Sportanlagen.
- die freie Zugänglichkeit der Bolzplätze, Skater-Anlagen und Joggingstrecken, um damit ein niedrighschwelliges Angebot zur wohnortnahen Sportausübung zu erhalten.
- die Nutzung der Schulhöfe außerhalb der Schulzeiten für Kinder und Jugendliche.

Hannover als Standort für Leistungs- und Spitzensport

Das Sportleistungszentrum, der Olympiastützpunkt und die Feldjägerschule, die zahlreichen SpitzensportlerInnen ausgezeichnete Trainingsmöglichkeiten sowie die Vereinbarkeit von Spitzensport und Beruf ermöglichen, gilt es zu erhalten und ggf. auszubauen.

Die Förderung des Kinder- und Jugendsports bildet die Basis für den Leistungs- und Spitzensport in Hannover. Fördermöglichkeiten, z.B. bei der Bereitstellung von Ausbildungsplätzen, müssen erleichtert und ein Hannoverstipendium (z.B. durch Sponsoring) für herausragende NachwuchssportlerInnen initiiert werden.

Attraktive Sportstätten und Wassersportmöglichkeiten

Die aktuellen Sportflächen- und Sporthallenkapazitäten, auch bei Aufgabe von Schulstandorten, sollen erhalten bleiben. Ein Neubau von Sportstätten oder –hallen soll bedarfsgerecht und ökologisch erfolgen.

Wir sehen in der Versorgung mit Sportstätten eine wichtige Grundlage für den Schul- und Vereinssport in Hannover sowie für den nichtorganisierten Freizeitsport. Wir setzen uns dafür ein, dass Umweltstandards, ökologische Maßnahmen und Barrierefreiheit beim Um- oder Ausbau berücksichtigt werden.

Als eine erste Maßnahme im Bereich des Wassersports sollen auf der Strecke von Döhren bis zur Schleuse Limmer sichere Anlegestellen/Pontons eingerichtet werden. Die Planungen dafür sollten in enger Absprache mit den Kanu- und RudersportlerInnen getroffen werden.

Hannover ist Eventstadt

Hannover hat sich in den vergangenen Jahren immer mehr auch als Eventstadt entwickelt und damit an Attraktivität gewonnen. Dazu gehören sportliche Großereignisse genauso wie kulturelle Veranstaltungen und Stadtfeste.

Veranstaltungen und Events tragen erheblich zur Lebensqualität in Hannover bei. Unzählige Veranstaltungen in den Stadtteilen ergänzen dieses kulturelle Angebot und stiften dort Identität. Es soll ein umfängliches Konzept zu Hannover als Eventstadt entwickelt und im Rahmen der Entwicklung der Marke Hannover eingebunden werden. Die Qualität vorhandener Veranstaltungen soll weiter erhöht und Veranstaltungen mit positiven Auswirkungen für Hannover in unsere Stadt geholt werden. Vor diesem Hintergrund sollen Veranstaltungen begleitet und zusammen mit den Veranstaltern so gestaltet werden, dass Konflikte die z.B. durch Lärm oder Müll entstehen, gelöst werden bzw. erst gar nicht entstehen.

XIII. Kunst / Kultur und Wissenschaft / Hochschulstandort

Kunst und Kultur

Kulturelle Bildung

Im Rahmen der kulturellen Bildung sollen Kinder im Kleinkind-, Vorschul- und Schulalter an Kulturangeboten wie z.B. Musik-, Kunst, Theater und Zirkusprojekte teilhaben. Das breite Angebot soll unter anderem durch Fortbildungen für MitarbeiterInnen in den Kinder- und Jugendeinrichtungen bekannt gemacht werden.

Körperlich- und geistig behinderten Menschen soll der Zugang zu Kulturangeboten erleichtert werden. Hierzu soll ein Kulturführer in Leichter Sprache entwickelt werden.

Bibliotheken und Leseförderung

Die Stadtteilbibliotheken sollen sich zu bürgernahen Medienzentren entwickeln, in denen Medienkompetenz vermittelt, Leseförderung verstärkt, lebenslanges Lernen ermöglicht, Chancengleichheit unterstützt und interkulturelle Bibliotheksarbeit geleistet wird.

Die Leseförderung für Kinder und Jugendliche wird weiter mit den bewährten Programmen unterstützt. Alphabetisierungsprogramme sollen dem Bedarf angepasst und in geeigneter Form beworben werden.

Das Lindener Rathaus und die Bibliothek sollen zu einem Zentrum für Medienbildung ausgebaut werden. Die Zusammenarbeit zwischen Schulen, Kitas und anderen Bildungseinrichtungen in den Stadtteilen wird unterstützt.

Kunst- und Kultureinrichtungen

Auch zukünftig soll die kulturelle Infrastruktur in Hannover erhalten bleiben.

- Von besonderer Bedeutung sind u.a. Kunst- und Kultureinrichtungen wie der Pavillon bzw. die Bürgerinitiative Raschplatz e.V., das Faustgelände, die Eisfabrik, das Musikzentrum, der Kunstverein und die Wilhelm-Busch-Gesellschaft.
- Die freien Theater in Hannover werden weiterhin gefördert und die gemeinsame Spielstättennutzung forciert, die Kooperation mit dem Staatstheater weiterhin unterstützt.
- Die rot-grüne Koalition begleitet den Auf- und Ausbau der Tanz- und Choreographenszene in Hannover.
- Zusammen mit den Kultureinrichtungen im Künstlerhaus soll ein Konzept entwickelt und umgesetzt werden, um Angebot und Aufenthaltsqualität des Künstlerhauses zu verbessern.
- KünstlerInnen unterschiedlicher Sparten aus Hannover werden bei der Suche nach Produktionsräumen unterstützt.
- Spezielle Konzertangebote für unterschiedliche Altersgruppen von Kindern und Jugendlichen sollen gemeinsam mit interessierten Muskschaffenden entwickelt werden. Die guten Erfahrungen mit dem Projekt Musik in Hainholz werden ausgewertet und vergleichbare Projekte in anderen Stadtteilen initiiert und unterstützt, wie z.B. das Projekt Musik in Stöcken.
- Die Akustik des Kuppelsaals im Hannover Congress Centrum (HCC) soll möglichst unter Einwerbung von Drittmitteln weiter verbessert werden.

- Es werden die Weichen für die Zukunft und die Modernisierung der Hannoverschen Freizeitheime gestellt. Voraussetzung dafür ist eine Bedarfsanalyse unter Einbeziehung der stadtteilbezogenen Angebote und der vielfältigen NutzerInnengruppen.

Museen

Die Museumsentwicklungsplanung wird fortgeführt und die breite Museenlandschaft Hannovers erhalten.

- Das Sprengelmuseum erhält mit dem beschlossenen Erweiterungsbau eine Perspektive, seine Stellung im überregionalen Wettbewerb mit anderen Museen auszubauen.
- Das Historische Museum wird mit der Einbeziehung des Beginenturms und der Veränderungen im Zusammenhang mit der Museumseröffnung im Schloss Herrenhausen sein Ausstellungskonzept neu ordnen. Dabei soll auch die Geschichte der zugewanderten Hannoveranerinnen und Hannoveranern und das Thema Migration dauerhaft einbezogen werden.
- Zur Attraktivitätssteigerung des Museum August Kestner ist eine Weiterentwicklung des Museumskonzeptes anzustreben, um ein größeres Publikum anzusprechen.
- Für besondere Ausstellungen in Hannovers Museen mit überregionaler Resonanz sollen Kooperationen mit anderen Museen eingegangen werden und SponsorInnen geworben werden. Ferner sollen Kooperationen zwischen Museen mit anderen Kultureinrichtungen unterstützt werden.
- Es wird eine Museum-Card für alle hannoverschen Museen eingeführt und das Marketing für die Museen verstärkt.
- Führungen und andere kulturelle Veranstaltungen in Museen sollen auch für Menschen mit Seh- oder Hörstörungen oder geistiger Behinderung zugänglich sein, hierzu sind auch die MitarbeiterInnen z.B. in den Museen entsprechend zu schulen.

Ada-und-Theodor-Lessing-Volkshochschule Hannover (VHS)

Die VHS als größte Einrichtung der Erwachsenenbildung in Hannover soll an ihrem neuen Standort am Hohen Ufer als Zentrum für kulturelle und politische Bildung und als Ort der Begegnung der Kulturen weiterentwickelt werden. Kooperationen zwischen dem historischem Museum und der VHS werden gefördert.

Ein Schwerpunkt der VHS soll auch in Zukunft Kurse sein, in denen der Hauptschul- oder Realschulabschluss nachgeholt werden kann (so genannte »Zweite Chance«), diese sollen bedarfsgerecht ausgebaut werden.

Kultur- und Wissenschaftsort Herrenhausen

- Herrenhausen soll als Ort innovativer Veranstaltungen auch in Zusammenarbeit mit dem künftigen Wissenschaftsstandort im wieder aufgebauten Schloss und dem entstehenden Museum herausgestellt werden. Die Veranstaltungen sind verstärkt auch auf das junge Publikum auszurichten. Schulen sind einzubinden.
- Die KunstFestspiele in Herrenhausen sollen bei entsprechender Resonanz verstetigt werden.
- Das Kleine Fest und die Feuerwerkswettbewerbe werden fortgeführt.
- Das Wilhelm Busch Deutsches Museum für Karikatur & Zeichenkunst ist integraler Bestandteil des Kultur- und Wissenschaftsortes Herrenhausen.

Erinnerungskultur

Für eine kontinuierliche und nachhaltig wirkende Erinnerungsarbeit ist es erforderlich, einen konzeptionellen Rahmen zu formulieren und dabei insbesondere der jüngeren Generation über geeignete Medien und Aktivitäten nachhaltig einen Zugang zu verschaffen. Das von uns an die Verwaltung in Auftrag gegebene Rahmenkonzept für eine Gedenk- und Erinnerungskultur der Landeshauptstadt Hannover werden wir umsetzen. Es soll die in Hannover bereits vorhandenen Orte des Mahnens und Aktivitäten der Erinnerungsarbeit wie z. B. KZ-Außenlager, Zwangsarbeiterlager, Seelhorster Friedhof, Mahnmal Opernplatz, Gedenkstätte Ohestr., Ehrenmal Maschsee, ehem. Synagoge Rote Reihe u. a. wie die Stolpersteine einbeziehen. Wir wollen die Kooperationsbeziehungen mit der Region Hannover auf einem gleichberechtigten Niveau weiter ausbauen mit dem Ziel, die Ausstellungen Breuste mit dem zentralen Ort der Erinnerung in Ahlem zu verknüpfen.

Städtepartnerschaften

Die LHH wird mit einer türkischen Großstadt bis 2016 eine Städtepartnerschaft eingehen. Die Stadt erarbeitet dafür unter Einbeziehung der Stadtgesellschaft ein Konzept für die zukünftige Städtepartnerschaft. Ein Baustein dabei kann die Einrichtung von StädtebotschafterInnen sein.

Wissenschaft und Hochschulstandort

Hannover ist ein bedeutender Wissenschaftsstandort. Deswegen sind Initiativen zur Unterstützung von Hochschule und Wissenschaft wichtig.

Dazu gehören:

- Kooperationen zwischen Hochschulen, der regionalen Wirtschaft und dem Handwerk.
- eine bessere Vereinbarkeit der Kindererziehung und der Arbeitsbelastung im Studium. In Kooperation mit dem Studentenwerk sind passende Wohnangebote für Studierende mit Kind einzurichten und bedarfsgerechte Angebote mit flexiblen Betreuungszeiten auszubauen.
- weiterhin die Unterstützung von Studierenden bei ihrem Einsatz gegen Bildungsbarrieren wie die unsozialen Studiengebühren.
- auch die Hochschulen am Standort Hannover sollen eine Vorreiterrolle beim Umwelt- und Klimaschutz spielen. Wir begrüßen entsprechende Maßnahmen z.B. am Gebäudebestand.
- Anfängen von Ausstellungskonzepten »Wissenschaft zum Anfassen« für Kinder und Jugendliche bis zur Ausrichtung der Angebote der Kultureinrichtungen an der Zielgruppe der StudentInnen (study and stay) verfolgen wir eine fruchtbarere Verbindung der Bereiche Wissenschaft, Kunst und Kultur.

XIV. Umwelt und Energie / Klimaschutz

Umwelt

Eilenriede

Die Eilenriede als Stadtwald mit wichtiger Naherholungsfunktion und als Lebensraum für Fauna und Flora soll erhalten und weiter entwickelt werden.

Weitere Bausteine sind:

- Die Waldfläche in Hannover soll vergrößert werden.
- Brachliegende Flächen an den Rändern der Eilenriede sollen aufgeforstet werden.
- Die für die Natur und die Erholung unersetzlichen alten Bäume in den hannoverschen Wäldern sollen geschützt werden.
- Über die derzeit bereits der natürlichen Entwicklung überlassen städtischen Forstflächen hinaus, sollen weitere geeignete Flächen identifiziert und als Naturwald geschützt werden.

Grünflächen

Gesetzliche vorgeschriebene Ausgleichsmaßnahmen sollen verstärkt zur Stärkung der Grünqualität in den Stadtteilen genutzt werden. Das 1.000-Bäume- Programm soll fortgeschrieben bzw. ggf. aufstockt werden. Darüber hinaus soll es ein Programm zur ökologischen Gestaltung der Stadtränder (z.B. von Wettbergen) aus den Ausgleichsmaßnahmen geben. Weitere Punkte sind:

- Die Grünflächen sollen untereinander, z.B. der Julius-Trip-Ring und der Grüne Ring, vernetzt und die nördliche Leineaue als Naturschutz- und Naherholungsfläche erhalten werden.
- Die Idee eines großen Sees in der nördlichen Leineaue lehnen SPD und Grüne ab.
- Das ehrenamtliche Engagement von BürgerInnen im Umweltbereich z.B. als Spielplatz- oder BaumpatInnen soll stärker gefördert werden.
- Die Zahl der ParkrangInnen wird erhöht.
- Die artenreichen Moorflächen im Altwarmbüchener Moor sollen durch weitere Vernässungsmaßnahmen erweitert werden.
- Durch ein Programm „Blühende Straßenränder“ soll ein artenreicher Bewuchs beim Verkehrsgrün gefördert werden.

Kleingärten und Kleingartenanlagen

SPD und Grüne vereinbaren, die vielfältigen Kleingärten und Kolonien zu erhalten. Ausgewiesene Kleingartenanlagen sind kein Bauerwartungsland.

- Kleingartenanlagen sollen verstärkt in die öffentliche Grün- und Freiflächenplanung eingebunden werden.
- Der Unterstützungsfonds für GeringverdienerInnen soll weitergeführt werden, damit die Übernahme eines Kleingartens nicht an hohen Abstandsforderungen scheitert.
- SPD und Grüne wollen eine weitere interkulturelle Öffnung des Kleingartenwesens z.B. nach dem Vorbild der internationalen Stadtteilgärten.

Stadtklima

- Um den Erhalt von Frischluftschneisen sicher zu stellen, soll die Verwaltung eine „Konflikt- und Lösungskarte“ für die Bebauungsplanung vorlegen.
- Es soll ein städtisches Programm zur Minderung der Klimaerwärmung erarbeitet werden, dass u.a. Maßnahmen zur Flachdach- und Fassadenbegrünung, zur Flächenentsiegelung und für kalte bzw. weiße Dächer beinhalten soll.

Grün in die Stadtteile

- Um Hausgärten stärker ins Bewusstsein zu rücken, auch für die gesunde Ernte von Obst, Beeren, Gemüse und Kräutern, soll die Stadt einen Preis für die besten Hausgärten ausloben, der ähnlich wie der Preis für die Kleingärten, alle 2 Jahre vergeben wird.
- Das Programm „Ökologische Aufwertung von Spielplätzen und Schulhöfen“ in der Verantwortung der Bezirksräte wird fortgeführt.

Gesunder Boden/Altlasten

- Es soll ein "Altlastensanierungsfonds" geschaffen werden, mit dem die Sicherung und Sanierung städtischer und privater Altlasten unterstützt wird.
- Es soll geprüft werden, welche und in welcher Form Informationen (z.B. Verdachtsfälle) für das Stadtgebiet aus dem Altlastenkataster der Region allgemein zugänglich gemacht werden können.

Agenda 21- Büro

Die inhaltliche Arbeit des Agenda 21 –Büros wird beibehalten.

Hochwasserschutz

Hannover hat eine besondere Verantwortung für die Unterlieger an der Leine. Deshalb soll sich die Stadtverwaltung als Motor bei der Umsetzung von regionalen Konzepten begreifen und die Interessen zusammen mit den anderen Leineanrainerkommunen gegenüber dem Land, z.B. durch regelmäßige Flußanrainerkonferenzen, bündeln.

Zur Vermeidung von Hochwasserschäden in den Stadtteilen soll das Stadtentwässerungssystem mit Hilfe von Stresstests auf seine Starkregentauglichkeit untersucht und gegebenenfalls entsprechend ausgebaut werden. Auch eine vermehrte Versickerung von Regenwasser als flankierende Maßnahme zur Hochwasservorsorge soll Bestandteil dieser Stresstests sein.

Ökologische Landwirtschaft und Ernährung

Unser Ziel ist, dass bei Neuverpachtung auf städtischen Landwirtschaftsflächen ausschließlich biologische Landwirtschaft betrieben wird. Darüber hinaus soll der Anteil an artenreichem Grünland auf städtischen Landwirtschaftsflächen erhöht werden. Weitere Forderungen sind:

- Zusammen mit der Gastronomie, dem Lebensmittelhandel und der Region Hannover soll ein Programm für gesunde und ökologische Ernährung starten, um die Zahl der Gastronomiebetriebe mit Bio-Zertifizierung zu steigern.
- Zusammen mit ErzeugerInnen, dem Handel und der Region Hannover soll der Anteil von Bio-Lebensmitteln in Hannover deutlich gesteigert werden. Dazu unterstützen SPD und Grüne die Fortentwicklung in der Vermarktung von Bioprodukten über Bioläden, Bauernmärkte oder Biomarkthallen und die Förderung von Produkten aus der Region. Zukunftsweisend ist dafür das Internet-Portal „www.bio-hannover.de“. Die Marke »Natürlich.....Region Hannover« wollen wir um den Aspekt »gesund leben« erweitern.
- SPD und Grüne vereinbaren eine deutliche Ausweitung des Anteils der Verpflegung aus kontrolliert-biologischer Herstellung in städtischen Einrichtungen (Kantinen, KITAS, Schulen, stadteigenen Betrieben) sowie bei Veranstaltungen auf städtischem Grund und Boden.
- Die Herkunft der angebotenen tierischen Produkte soll auf den Speiseplänen in städtischen Einrichtungen angegeben werden, wobei im Sinne kurzer Wege vorrangig Fleisch aus regionaler Produktion und im Sinne des Tierschutzes aus artgerechter Tierhaltung angeboten werden sollte.
- Die stadtweite Kampagne für weniger Fleischkonsum soll fortgesetzt werden. Ein Baustein darin soll ein Vegetarischer Tag nach dem Vorbild der belgischen Stadt Gent (mit mindestens einem vegetarischen Gericht im Angebot) sein, wie es in der Rathauskantine und im Gartensaal bereits praktiziert wird. Dies soll auch in möglichst vielen städtischen Einrichtungen wie Schulen und Kindertagesstätten umgesetzt werden. Die Stadt soll außerdem bei anderen Einrichtungen, Gastronomen und Unternehmen für die Beteiligung am vegetarischen Tag werben und dafür geeignete Fortbildungen und Unterstützung anbieten.

Verbraucherschutz

- Die Verbraucherzentrale wird auch zukünftig finanziell gefördert.
- Im Rahmen der Aufgaben des Gewerbeamtes sollen Gaststätten und andere relevante Ernährungsbetriebe weiterhin konsequent überwacht werden, um Gesundheitsgefährdung für die KundInnen zu vermeiden.
- Die bestehende VerbraucherInnenplattform soll weiter entwickelt werden. Dort sollen Informationen über Gesundheitsgefährdung durch Lebensmittel abgerufen werden können, Links zu VerbraucherInnenschutzinformationen aufgeführt und Beschwerden über Lebensmittelprobleme eingeben werden. Darüber hinaus soll geprüft werden, wie die Ergebnisse von Betriebskontrollen veröffentlicht werden können.

Umweltschutz und Stadtgesellschaft

- Die Programme Umweltkommunikation und Umweltbildung, "Mehr Natur in der Stadt" und „Arbeit und Umwelt“ werden fortgeführt.
- Das Umweltzentrum und die BIU werden weiter gefördert.

Energie und Klimaschutz

Stadtwerke Hannover AG

Eine Privatisierung der Stadtwerke Hannover kommt für SPD und Grüne nicht in Frage. Die an die Stadt abgeführten Unternehmensgewinne, der mitfinanzierte proKlima-Fonds, die vielfältigen Sponsoringaktivitäten und der Erhalt von sicheren Arbeitsplätzen leisten einen wesentlichen Beitrag für das städtische Gemeinwohl.

- Die Energieerzeugung der Stadtwerke wird auch zukünftig atomstromfrei sein. Im Rahmen der neuen Strategie K2020 der Stadtwerke Hannover AG soll die regenerative Stromerzeugung vor allem durch Ausbau der Windkraft und der Biomasse massiv ausgebaut werden. Bis 2020 sollen alle privaten Haushalte in Hannover mit regenerativem Strom versorgt werden. Der gesamte Strombedarf Hannovers (einschließlich Industrie) soll durch Ökostrom und umweltfreundliche Kraft-Wärme- Kopplung gedeckt werden.
- Es soll geprüft werden, wie beim erfolgsabhängigen Teil der Vergütung neuer Stadtwerke-Vorstandsmitglieder eine Regelung getroffen werden kann, damit Umweltziele ein ebenso großer Erfolgsfaktor sind wie die Gewinnerzielung.

Konzessionsvertrag

Ziel ist der Ausbau der Fernwärme auf 30 %. Die Verwaltung soll prüfen, wie der Konzessionsvertrag zur Erreichung dieses Ziels beitragen kann:

- Der Fernwärme-Konzessionsnehmer verpflichtet sich, den Fernwärmeabsatz des bestehenden Netzes durch entsprechende Tarife und Maßnahmen bis 2020 um jährlich 13 MWh Anschlussleistung kontinuierlich steigern. Durch Bau der GuD-Anlage in Linden sind auf der Erzeugungsseite ausreichende Kapazitäten für den Ausbau der Fernwärmenutzung vorhanden. Ziel ist eine Anschlussleistung von mindestens 1.000 MWh (ggf. sogar 1.200 MWh) in 2020 sowie ein Anteil am Wärmemarkt von rund 30 % (aktuell 24 %). Ein besonderer Fokus soll auf verdichtete Wohngebiete, auf Altbauten und auf Haushalten mit Ölheizung liegen. Die Stadtwerke sollen den Fernwärmeausbau mit einer gezielten Marketingstrategie unterstützen.
- Weiteres Ziel ist die Förderung virtueller Kraftwerke u.a. durch Integration von BHKW-Konzepten.

Klimaschutzagentur

Die Klimaschutzagentur als unabhängige Organisation zur Beratung von Bürgern, Unternehmen und Verwaltung, zur Unterstützung der Markteinführung von Energieeffizienz-Technologien und der Nutzung von regenerativen Energien in der Region Hannover wird auch zukünftig weiter finanziert.

Die Klimaschutzagentur soll ein zielgruppenspezifisches Konzept für die Förderung der energetischen Sanierung entwickeln und umsetzen.

proKlima-Fonds

Die Mittel für den proKlima-Fonds sollen von derzeit 5,0 Mio. auf 7,5 Mio. Euro erhöht werden. Die AkteurInnen des Partnerschaftsvertrages proKlima-Fonds sollen Lösungsansätze hierzu entwickeln.

Weiter wird vereinbart:

- Die Energiesparberatung soll deutlich forciert werden. Insbesondere sollen Haushalte mit geringem Einkommen, wie z. B. EmpfängerInnen von Grundsicherung, durch aufsuchende Arbeit erreicht werden. Das spezielle muttersprachliche Angebot für MigrantInnen soll fortgesetzt werden. Ein weiterer Schwerpunkt soll auf der Beratung von Betrieben liegen.
- Mit dem proKlima-Fonds soll zukünftig auch ein Programm zur Innendämmung für Gebäude mit historischen bzw. denkmalgeschützten Fassaden entwickelt werden. Ferner soll ein Förderprogramm für Plus-Energiehäuser incl. E-Mobilität geprüft werden.

Klimaallianz 2020

Die städtischen Bausteine im Rahmen der »Klimaallianz 2020« wie z.B. die energetische Gebäudesanierung, Neubauten nur im Passivhausstandard, Vorrang für Passivhausbauweise in Neuaugedieten, Ausbau des ÖPNV und Ausbau des Radwegenetzes werden konsequent fortgesetzt. Weitere Bausteine sind:

- Für die städtischen Gebäude wird ein flächendeckendes Energiemanagementsystem eingeführt.
- Die Umsetzung der Partnerbeiträge, wie z.B. der ansässigen Unternehmen, wird durch die Fortsetzung der Projektgruppenarbeit begleitet.
- Der öffentliche Stromverbrauch wird durch den systematischen Ausbau energiesparender Straßenbeleuchtung (z.B. mit LED-Technik) und LED-Ampelsignalanlagen weiter gesenkt.

Energiesparendes Bauen

Bei der Ausweisung neuer Baugebiete soll Trägern, die im Passivhausstandard bauen, weiterhin Vorrang eingeräumt werden. Weitere Punkte sind:

- So weit rechtlich möglich, soll in allen neuen Bebauungsplänen, Grundstückskaufverträgen und allen städtebaulichen Verträgen der Passivhaus-Standard festgeschrieben werden.
- In den Sanierungsgebieten wird ein spezielles Energie-Sanierungskonzept mit speziellen Energiestandards erarbeitet und umgesetzt
- Nach erfolgreicher Vermarktung der Nullemissionssiedlung »In der Rehre« werden weitere Nullemissionsgebiete ausgewiesen. Die Erfahrungen aus diesem Projekt sollen auf weitere Neubaugebiete übertragen werden.
- In Hannover soll eine Mustersiedlung (z.B. Wasserstadt Limmer oder Kronsberg) mit Plus-Energie-Häusern entstehen.
- Das städtische Programm zur energetischen Sanierung der Gebäude von Sportvereinen soll fortgesetzt und auf Jugend- und Kultureinrichtungen ausgeweitet werden.

Regenerative Energie-Erzeugung

Die regenerative Energieerzeugung soll in Hannover massiv ausgebaut werden.

- Die Stadt Hannover wird durch entsprechende Vorgaben bei Ausschreibungen auch zukünftig nur kernenergiefreien Strom beziehen.
- Die Wasserkraft der Leine soll an geeigneten Staustufen im Stadtgebiet, wie etwa an der ehemaligen Wasserkunst, am großen Leinewehr in Döhren und am Turbinenkanal in Döhren, genutzt werden. Soweit es die rechtlichen, technischen und ökologischen Voraussetzungen zulassen, soll an diesen Stellen durch Turbinen Energie gewonnen werden.
- Die in der Stadt anfallende Biomasse soll auch zur Energieerzeugung genutzt werden. Die Umsetzung soll zusammen mit aha und den Stadtwerken geprüft werden.
- SPD und Grüne fordern die Entwicklung einer Post-Oil-Strategie für die Landeshauptstadt Hannover, um zukünftig alle Bereiche krisenfester und unabhängiger vom endlichen Rohstoff Öl zu machen. Die Wirtschaft soll daran aktiv beteiligt werden. Ziel ist eine kommunale Energieversorgung und Mobilität ohne fossile Brennstoffe. Dazu soll von der Verwaltung ein Plan „Hannover 2050 klimaneutral“ erarbeitet werden. Ein entsprechender Förderantrag beim Bundesumweltministerium wurde dafür gestellt.

Umwelt- und klimafreundliche Mobilität

Leitbild ist der Masterplan Mobilität 2025.

- Der Anteil des ÖPNV soll von heute 18 % auf 25 % im Jahr 2025 steigen und der Anteil des Radverkehrs bis 2025 auf 25 % fast verdoppelt werden.
- Im Bereich des motorisierten Individualverkehrs sollen zusammen mit den Stadtwerken und anderen KooperationspartnerInnen Impulse für klimafreundliche Mobilität gesetzt werden, u.a. durch gezielte Marketing-Aktionen für Erdgasfahrzeuge und für Elektroroller und einem Modellprojekt mit ElektroCaddys im Bereich der Citylogistik.
- In Abhängigkeit von diesen Erfahrungen und der weiteren Produkt- und Preisentwicklung wird der Einsatz von Elektrofahrzeugen im kommunalen Bereich vorangetrieben. Der private Einsatz von Elektrofahrzeugen soll durch Bereitstellung von E-Tankstellen, z.B. am Kröpcke und in Parkgaragen, unterstützt werden.
- Bei Fahrzeugneubeschaffungen der Verwaltung sollen umweltfreundliche Fahrzeuge Vorrang haben, wenn sie für den jeweiligen Zweck auf dem Markt sind.
- Der Autofreie Tag wird im Umfang des Jahres 2011 fortgeführt. Dazu soll es auch wieder die ursprüngliche Fahrradsternfahrt geben.

XV. Organisatorisches / Dezernatsangelegenheiten

Organisatorisches

Bei allen Entscheidungen in den Ratsgremien stimmen die Ratsfraktionen von SPD und Bündnis 90 / Die Grünen einheitlich ab. Sie stellen keine Anträge, die nicht zuvor miteinander abgestimmt sind.

Das Vorschlagsrecht für den Vorsitz der Ratsversammlung und die erste ehrenamtliche Vertretung des Oberbürgermeisters liegt bei der SPD. Das Vorschlagsrecht für das Amt der zweiten ehrenamtlichen Vertretung des Oberbürgermeisters erhalten Bündnis 90 / Die Grünen.

Veränderungen der Ausschüsse des Rates (Zusammenlegungen, Zuschnitte, Größe, Vorsitze o. ä.) während der Ratsperiode werden einvernehmlich zwischen den beiden Fraktionen von SPD und Bündnis 90 / Die Grünen geregelt.

Dezernatsangelegenheiten

Angesichts der Herausforderungen der Zukunft erfolgt ein Neuzuschnitt der Dezernate III und IV (Ende 2015/ Anfang 2016). Dieser zielt insbesondere auf eine effizienzsteigernde Zusammenlegung der Bereiche Jugend/Familie mit Bibliothek/Schule und Bildung/Qualifikation.

Die Dezernatsangelegenheiten werden wie folgt geregelt.

Das **Dezernat I**, beim Oberbürgermeister angesiedelt, bleibt unverändert.

Das **Dezernat II** Finanzen/Recht/Ordnung wird über ein Vorschlagsrecht der SPD besetzt.

Das **Dezernat III-neu** wird umstrukturiert. Es wird folgende Fachbereiche beinhalten: Senioren (57), Soziales (50), Herrenhäuser Gärten (46), Museen/Kulturbüro (41). Es wird über ein Vorschlagsrecht der SPD besetzt.

Das **Dezernat IV-neu** wird umstrukturiert. Es wird folgende Fachbereiche beinhalten: Jugend + Familie (51), Bibliothek und Schule (42), Bildung + Qualifikation (43). Die Besetzung erfolgt in einer rot-grün einvernehmlichen Lösung.

Das **Dezernat V** Wirtschaft / Umwelt wird über ein Vorschlagsrecht Bündnis 90 / Die Grünen besetzt. Dieser Besetzung wird auch die Funktion des Ersten Stadtrates bzw. der Ersten Stadträtin obliegen.

Das **Dezernat VI** Stadtentwicklung / Bau wird mit einer rot-grün einvernehmlichen Lösung besetzt.

Gleichstellungsbeauftragte

Die Stelle der Gleichstellungsbeauftragten der LHH und Leiterin des Referat Frauen/Gleichstellung wird mit einem Vorschlagsrecht Bündnis 90 / Die Grünen besetzt.

Hannover, 02 November 2011

Frank Straßburger
stv. Vorsitzender SPD
Stadtverband Hannover

Friederike Kämpfe / Thomas Schremmer
Vorsitzende Bündnis 90 / Die Grünen
Stadtverband Hannover

Christine Kastning
Fraktionsvorsitzende
SPD-Ratsfraktion

Lothar Schlieckau
Fraktionsvorsitzender
Ratsfraktion Bündnis 90 / Die Grünen